

V-14

Antragsteller*innen: Kai Gehring u.a.

Gegenstand: TOP 10: Verschiedenes

STUDIERN BESSER FINANZIEREN: BAFÖG JETZT RAUF UND STUDENTISCHES WOHNEN STÄRKEN!

- 1 Die Hochschulen in NRW haben ein Jahrzehnt der Studierenden-Rekorde erlebt. Ein Studi-
- 2 um ist attraktiv: Akademiker*innen erzielen oft höhere Einkommen, sind seltener arbeits-
- 3 los. Das ist sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft insgesamt ein Gewinn.
- 4 Auch in Zukunft wird die Studierneigung hoch bleiben, ebenso das Interesse von interna-
- 5 tionalen Studierenden, in Deutschland zu studieren.

- 6 Es gibt so viele Studierende wie nie zuvor, die soziale Schieflage beim Hochschulzugang
- 7 ist geblieben. Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien beginnen 79 ein Hochschulstu-
- 8 dium. Bei Nicht-Akademikerfamilien studieren gerade einmal 27 von 100 Kindern. Diese
- 9 Schieflage wollen wir GRÜNE NRW gerade rücken. Wir wollen sowohl berufliche als auch
- 10 akademische Bildungswege attraktiver gestalten.

- 11 Hochschulstädte sind attraktive Wohnorte und erfreuen sich großer Beliebtheit. Zusam-
- 12 men mit den Studierenden-Rekorden stellt das viele Hochschulstädte in NRW vor große
- 13 Herausforderungen. Nicht nur Aachen, Köln oder Münster melden Knappheit an bezahl-
- 14 baren Wohnraum und Wartelisten für Zimmer in Studierenden-Wohnheimen. Auch in bis-
- 15 her günstigeren Hochschulstädten steigen die Mieten deutlich an. Auf den angespann-
- 16 ten Wohnungsmärkten konkurrieren Studierende oft mit anderen einkommensschwachen
- 17 Haushalten. Der Druck hat in den letzten Jahren auch zugenommen, weil die Zahl der
- 18 Wohnheimplätze auf ein Allzeittief sank. Bundesweit kommen nach Zahlen von 2018 nur
- 19 noch 9,6 Prozent aller Studierenden in einem Wohnheim unter. In NRW liegt der Anteil
- 20 sogar nur noch bei 8,2 Prozent, auch wenn die absolute Zahl der Wohnheimplätze in NRW
- 21 unter Rot-Grün gesteigert werden konnte.

- 22 Wir GRÜNE NRW setzen uns für gute Studien- und Arbeitsbedingungen an den Hochschu-
- 23 len und eine bessere soziale Situation der Studierenden in NRW ein. Studierende brauchen
- 24 nicht nur einen Platz im Hörsaal oder Seminarraum, sondern auch gute Lehre, gute Stu-
- 25 dienberatung, eine Studienfinanzierung, die zum Leben reicht und ein bezahlbares Dach
- 26 über dem Kopf.

27 Für den chancengleichen Zugang zur Hochschule ist es unerlässlich, das BAföG als zentrales
28 soziales Förderinstrument für Bildungsaufstieg zu stärken und die miserable BAföG-
29 Politik von CDU/CSU, SPD und FDP der letzten 15 Jahre zu beenden. Denn die Folge
30 schwarz-rot-gelber Versäumnisse im Bund ist ein verheerender Abschwung: BAföG erhal-
31 ten nur noch die wenigsten – 87 Prozent der Studierenden sind außen vor. Allein zwischen
32 2013 und 2017 ist die Zahl der BAföG-Empfänger*innen um dramatische 200 000 gesun-
33 ken. Wir GRÜNE NRW wollen unverzüglich eine Trendumkehr einleiten und das BAföG
34 beherzt ausbauen.

35 Die Änderungen, die die Bundesregierung im Rahmen ihrer 26. BAföG-Novelle plant, rei-
36 chen bei weitem nicht aus, um mit den Preissteigerungen und gestiegenen Lebenshal-
37 tungskosten der Studierenden Schritt zu halten. In einem ersten Schritt müssen Förder-
38 sätze und Freibeträge darum sofort um mindestens zehn Prozent steigen, danach auto-
39 matisch und regelmäßig. Auch wollen wir die Unterstützung von Studierenden, die Ange-
40 hörige pflegen, sowie die Förderung von Orientierungssemestern und Teilzeitstudium im
41 BAföG verankern.

42 Die geplante Anhebung der Wohnpauschale auf bundeseinheitlich 325 Euro hilft nicht wei-
43 ter. Denn damit ist in teuren Uni-Städten wie Köln, Düsseldorf, Bonn oder Münster kaum
44 eine Bleibe zu finden. Da die Mietniveaus in den NRW-Städten unterschiedlich sind, for-
45 dern wir GRÜNE NRW eine Pauschale entlang der regionalen Staffelung nach dem Wohn-
46 geldgesetz. Denn ob arm oder reich: Wer studieren möchte, soll den Studienort danach
47 aussuchen, ob das Studienangebot oder die Qualität von Forschung und Lehre stimmen.
48 Wenn Bund und Länder Spitzenforschung an Exzellenz-Unis fördern, dann müssen sich
49 dort auch Studierende ohne reiche Eltern ein Studium leisten können.

50 Überfällig ist zudem ein Bund-Länder-Aktionsplan Studentisches Wohnen. Wir GRÜNE
51 NRW wollen Zwischennutzungen von Bundesliegenschaften erleichtern. Anstatt unge-
52 nutzte und leerstehende Gebäude des Landes oder des Bundes zum Höchstpreis an private
53 Investoren zu verkaufen, sollen diese Gebäude für günstiges studentisches Wohnen geöff-
54 net werden. Auch wollen wir Hochschulstädte zur kreativen Quartiersentwicklung ermu-
55 tigen und auch innenstadtfernere Quartiere durch z.B. ein besseres Nahverkehrsangebot
56 oder Radverkehrsanlagen für studentisches Wohnen attraktiv machen.

57 Als Herzstück des Aktionsplans fordern wir ein Bau- und Sanierungsprogramm für Studie-
58 rendenwohnheime. Denn für Studierende ist ein Platz im Wohnheim nach dem Elternhaus
59 die nach wie vor deutlich preisgünstigste Wohnform. 2017 lag in den Wohnheimen der
60 Studierendenwerke die Monatsmiete bei rund 246 Euro einschließlich aller Nebenkosten.
61 Ohne diese günstigen Wohnangebote können Personen aus finanziell schwächeren Be-
62 völkerungsgruppen ihren Wunsch nach einem Studium nur schwer realisieren. Auch für
63 ausländische Studierende sind Wohnheimplätze essenziell, da ihr Budget häufig weit un-
64 terdurchschnittlich ist und sie überdurchschnittlich oft nur kurz am Studienort bleiben. Sie
65 sind daher besonders auf Wohnheimplätze angewiesen.

66 Mit der Erweiterung des Grundgesetzartikels 91b können Bund und Länder gemeinsam und
67 dauerhaft in die Hochschulen investieren. Die jüngste Grundgesetz-Änderung ermöglicht
68 es zudem, dass der Bund den Ländern Finanzhilfen im Rahmen der sozialen Wohnraumför-
69 derung gewähren kann (Art. 104d). Über beide Wege muss die Schaffung von bezahlbarem
70 Wohnraum für Studierende vorangetrieben werden.

71 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW fordert die schwarz-gelbe Landesregierung auf, mit der
72 Bundesregierung und den anderen Bundesländern zügig in Verhandlungen für ein Bau-
73 und Sanierungsprogramm einzutreten. Es soll einen möglichst großen Zuschussanteil
74 enthalten, damit die Studierendenwerke auch künftig günstige Mieten anbieten kön-
75 nen. Zudem fordern wir GRÜNE die Landesregierung auf, einen Teil der zweckgebundenen
76 Finanzhilfen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau in Wohnraum für Studierende ein-
77 zusetzen und sie vor allem zusätzlich in diesen Bereich zu investieren. Es wäre niemanden
78 geholfen, wenn das Land eigene Gelder durch die Finanzhilfen des Bundes ersetzt.

79 Studierendenwerke mit ihrem niedrigen Mietpreisniveau haben dämpfenden Einfluss auf
80 die Durchschnittsmieten vor Ort. Denn sie unterliegen einem Gewinnverzicht und müssen
81 nur ihre Gesamtkosten unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und ange-
82 messener Rücklagenbildung decken. Damit die Studierendenwerke besonders günstige
83 Mieten anbieten können, brauchen sie eine gute staatliche Förderung. Daher fordern wir
84 GRÜNE NRW die Landesregierung auf, den Zuschussanteil pro neuem Wohnheimplatz zu
85 erhöhen und zusätzliche Zuschussmittel für große Instandhaltungsmaßnahmen von Stu-
86 dierendenwohnheimen zu gewähren.

87 Der Wohlstand unseres Landes beruht auf Bildung, und dafür brauchen Schüler*innen, Stu-
88 dierende und ihre Familien bestmögliche Unterstützung. Wir wollen gleiche Chance für al-
89 le und dafür Studieren besser finanzieren. In einer GRÜNEN Bildungsrepublik entscheiden
90 Talent und Potenzial über Bildungserfolge, nicht das Wohnquartier, der Geldbeutel oder
91 Pass der Eltern. Das muss uns mehr wert sein.

Antragsteller*innen

Kai Gehring, KV Essen; Matthe Bolte, KV Bielefeld; Katja Döner, KV Bonn; Eva Malecha-
Konietz, KV Krefeld; Sigrid Beer, KV Paderborn; Marcus Lamprecht, KV Viersen; Maria Klein-
Schmeink, KV Münster; Ophelia Nick, KV Mettmann; Josefine Paul, KV Münster; Dennis Pird-
zuns, KV Wuppertal; Salomo Ortega Sawal, KV Essen; Sebastian Girrullis, KV Oberhausen;
Amanda Steinmaus, KV Essen; Rene Heesen, KV Viersen; Rolf Fliß, KV Essen